Reichstag.

238. Sitzung. Mittwoch, 31. März, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch v. Schön.

Nachdem debattelos die Genehmigung zur Einleitung der Widerklage gegen die Abg. Dr. Mugdan (freis. Vp.) und Kopsch (freis. Vp.) in einem Privatklageverfahren wegen Beleidigung erteilt ist, erfolgt die Beratung des Etats des auswärtigen Amts.

Zu dem Titel: Gehalt des Staatssekretärs liegt ein Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) vor, der Reichskanzler möge auf Aufhebung der bundesstaatlichen Anordnungen hinwirken, die, unter Verletzung der vom Reiche geschlossenen Verträge, von ausländischen Arbeitern die Beschaffung entgeltlicher Legitimationskarten verlangen und Arbeiter, die nicht im Besitze solcher Karten sind, mit Ausweisung bedrohen.

Die Abgeordneten Dr. Müller-Meiningen, Haußmann, Gothein und Genossen (Freis.) beantragen, der Reichskanzler möge der Frage einer internationalen Bekämpfung der unzüchtigen Literatur nähertreten.

Abg. Graf Hompesch (Zentr.) und Genossen haben einen ähnlichen Antrag eingebracht.

Abg. Roeren (Zentr.) begründet die Zentrumsresolution: Internationale Bekämpfung der Pornographie sei nötig.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Vp.) begründet den Antrag der Freisinnigen. Der des Zentrums sei nicht annehmbar, weil er auf ein internationales Gewerberecht hinweist, das nicht existiere.

Staatssekretär v. Schön: Das auswärtige Amt hält den Antrag Müller-Meiningen für entsprechender. Die französische Regierung hat eine Konferenz zu der aufgeworfenen Frage einberufen. Wir sind bereit, sie zu beschicken.

Abg. Lehmann (nat.-lib.) bringt den Fall des deutschen Professors Kuhlenbeck in Lausanne zur Sprache. Leider haben sich an den Kundgebungen gegen deutsche Professoren in Lausanne auch deutsche Studenten beteiligt. Für uns kommt die nationale Seite des Falles in Betracht: „Right or wrong, my country" (Recht oder Unrecht — mein Vaterland.) (Bravo! rechts. Lachen bei den Soz.) Herr Frank, Sie verstehen ja davon gar nichts. (Bravo! rechts. Lachen bei den Soz.) Ich frage den Herrn Staatssekretär, ob der deutsche Gesandte in Bern in diesem Falle seine volle Pflicht getan hat. Es ist Pflicht des auswärtigen Amtes für die Ehre angegriffener Deutscher einzutreten. (Bravo! bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abg. Eickhoff (freis. Vg.) fragt an, ob die Meldung richtig sei, daß der deutsche Botschafter in Washington den Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages mit den Vereinigten Staaten angeregt habe. Schiedsgerichte seien zwar keine Allheilmittel für den Weltfrieden, obwohl ihre Wirkung eine segensreiche sei. Im Falle Kuhlenbeck bin ich anderer Ansicht. Herr Kuhlenbeck ist wegen Insubordination entlassen worden. Er war an gewissen Hetzartikeln gegen die Universität beteiligt. (Hört, hört! links.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.) bestreitet, daß der deutsche Gesandte in Bern in diesem Falle seine Schuldigkeit getan habe.

Staatssekretär v. Schön: Einen Schiedsgerichtsvertrag besitzen wir mit Großbritannien und hoffen auch mit den Vereinigten Staaten zu einem solchen zu gelangen. Die Angelegenheit in Lausanne bot keinen Anlaß zu diplomatischem Einschreiten. Professor Kuhlenbeck hat einen Studenten von seinen Vorlesungen ausgeschlossen, wozu er nicht berechtigt war. Als es zu Ruhestörungen in seinen Vorlesungen kam, sind auf Veranlassung des deutschen Gesandten weitere Kundgebungen durch die Polizei verhindert worden. Die Entlassung war eine gesetzliche, infolge von Insubordination. (Bravo!)

Abg. Scheidemann (Soz.): Ich möchte wünschen, daß die Herren, die sich mit solchem Eifer für Professor Kuhlenbeck ins Zeug legen, denselben Eifer beweisen, wenn es sich um deutsche Arbeiter im Auslande oder ausländische Arbeiter in Deutschland handelt. (Sehr gut! bei den Soz.)

Alle bürgerlichen Parteien haben gestern unsere Resolution auf internationale Marinebrüstung abgelehnt. Im Auslande wird man das als friedensfeindliche Kundgebung auffassen. Allerdings, wie ich hinzufügen will, irrtümlicherweise. Nicht aus kriegerischer Gesinnung hat man unsere Resolution abgelehnt, sondern aus Liebedienerei gegen die Regierung. Hätte die Regierung sie akzeptiert, so wäre sie mit Hurra angenommen worden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Mit der britischen Arbeiterpartei haben wir ein Telegramm gewechselt. Sie ist von ganzem Herzen mit unserm Bestreben, dem Wettrüsten zur See Einhalt zu tun und das Prisenrecht abzuschaffen, einverstanden. Wenn es nicht zum Kriege kommen soll, so muß es zu einer Verständigung über das Flottenbauprogramm kommen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das geht auch aus der Rede des englischen Ministers hervor. Ich kann nur hoffen, die Angelegenheit nimmt schließlich einen guten Ausgang, so wie es bei der Marokkoaffäre zuletzt auch der Fall war. Als wir aber vor 4 Jahren verlangten, die Regierung solle das tun, was sie jetzt endlich getan hat, da wurden wir natürlich als vaterlandslose Gesellen bezeichnet. Damals fiel hier das stolze Wort unseres modernen Reichskanzlers: Unsere Politik wird nicht in der Hasenheide gemacht. Würde sie dort gemacht, dann wüßte man wenigstens einmal, wo sie gemacht wird. (Heiterkeit und Sehr gut!) Jetzt weiß man nicht, wird sie in Potsdam, in Monaco oder auf Korsu gemacht. (Zuruf bei den Soz.: Oder in Liebenberg! Große Heiterkeit.)

Das auswärtige Amt ist im höchsten Grade einer Reorganisation bedürftig. Die Tägliche Rundschau bezeichnet es als den gefährlichsten Feind des deutschen Volkes. Sie schreibt, es gehe dort, wie in einer Kinderstube zu. So werden z. B. wochenlang Beamte damit beschäftigt, nachzusehen, ob vor 10 Jahren irgendeinem Würdenträger des Auslandes „dankend" oder „mit Dank" geantwortet sei. (Große Heiterkeit.) Wenn es besser werden soll in der auswärtigen Politik, so müssen die Beziehungen zwischen Krone und Parlament andere werden. Das ist der springende Punkt. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Im November war sich alles hierüber einig, aber was ist gekommen? Nur eine Vermehrung der Geheimniskrämerei.

Wenn die Beziehung zwischen Krone und Parlament andere werden sollen, so darf vor allem auch das Parlament nicht länger ein Zerrbild der Schichtungen des Volkes sein. Heute entspricht die Mehrheit dieses Hauses einer Minderheit im Volke. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Stärke Deutschlands hängt nicht davon ab, ob wir zwei oder drei Dreadnoughts mehr bauen. Wollen Sie ein starkes Deutschland, so schaffen Sie eines, stark durch Freiheit und Selbstbestimmungsrecht des Volkes, stark durch Verträge mit den Nachbarvölkern. Wenn wir weiter kommen wollen, so darf nicht mehr die große Mehrzahl des Volkes, trotz aller Errungenschaften der Kultur, als Parias leben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stresemann (nat.-lib.) bringt einen Fall zur Sprache, in welchem der Firma Löwe eine Patronenlieferung nach Mexiko entging. Der Auftrag ging nach Oesterreich, weil das auswärtige Amt ein Zeugnis für die Firma abgelehnt und gesagt habe, man möge die Lieferung Oesterreich überlassen, denn es sei von Interesse mit Oesterreich gut zu stehen. (Hört, hört!) Redner führt des weiteren Klage über die Bevorzugung des Adels und der Finanz in der diplomatischen Karriere. Zur Begründung hoher Zölle im neuen amerikanischen Zolltarif sind falsche Angaben über deutsche Löhne und Arbeitsverhältnisse angeführt worden. Das auswärtige Amt sollte dagegen protestieren. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Freiherr v. Schön erwidert, daß bezüglich der amerikanischen Zollerhöhung das nötige geschehen sei, um die Irrtümer richtig zu stellen. Ueber den Fall der Firma Löwe hätte der Herr Vorredner mich zuvor informieren sollen. Hoffentlich stellt sich die Sache als unrichtig heraus. Eine Bevorzugung des Adels findet nicht statt.

Abg. Dr. Heckscher (freis. Vg.): Die Kundgebungen der englischen und deutschen Arbeiter sind gewiß erfreulich, aber nicht nur die Arbeiter, sondern auch das Bürgertum ist friedlich gesinnt.

Abg. Stadthagen (Soz.): Eine der ersten Aufgaben des Auswärtigen Amtes scheint es mir zu sein, darauf zu sehen, daß die Verträge gehalten werden, welche das Deutsche Reich mit anderen Staaten geschlossen hat.

Unsere Resolution verlangt, der Reichskanzler soll auf Beseitigung der Ministerialanweisungen hinwirken, die von ausländischen Arbeitern entgeltliche Legitimationskarten verlangen, und ihnen Ausweisung androhen, falls sie nicht im Besitz solcher Karten sind. Solche ministerielle Anweisungen sind zuerst in Preußen ergangen. Dann in den beiden Mecklenburg und einer Reihe anderer Staaten. Diese Anordnungen sind ein klarer Bruch der Verträge mit anderen Ländern. Eine Reihe von Regierungen, Oesterreich, Italien, die Schweiz, haben bereits Vorstellungen dagegen erhoben. In der Schweiz wurden die Verordnungen direkt als ein schroffer Bruch des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages bezeichnet. Ich frage nun: Ist denn das Auswärtige Amt dazu da, die Augen absichtlich zu schließen bei einem derartigen Bruch der Staatsverträge? In allen in Betracht kommenden Verträgen ist den Ausländern zugesichert, daß sie keine anderen Gebühren zu zahlen haben, als die deutschen. Es ist aber nicht nur ein Vertragsbruch, sondern es ist geradezu ein wucherisches Verlangen, für einen wertlosen Wisch, der keineswegs Arbeit verbürgt, 2 resp. 5 Mk. zu entrichten. Der Reichskanzler muß darauf dringen, daß solche widerrechtlichen Anordnungen beseitigt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Diese widerrechtlichen Anordnungen wenden aber erhebliche Vorteile gerade besondere reichen Leuten zu. Rechnen wir im Durchschnitt 500 000 Arbeiter, von denen jeder 5 Mk. bezahlte, so werden der Feldarbeiterzentrale $2^1/_2$ Millionen Mk. zugeschanzt. (Hört, hört! bei den Soz.) Dabei vermittelt sie die schlechtesten Arbeitskräfte, weil vernünftige Arbeiter natürlich ein zweites Mal nicht nach Deutschland kommen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Androhung der Ausweisung ist ein strikter Bruch des Reichsrechtes. Sie wird für den Fall angedroht, daß jemand sich eine Erpressung nicht gefallen läßt. Dabei hat Preußen überhaupt kein Ausweisungsrecht in solchem Falle. Weiter widerspricht die Gebührenordnung dem Sinn der Reichsverfassung (sehr wahr! bei den Soz.), denn nach ihrem Geiste soll Gleichheit vor dem Gesetz bestehen und kein Unterschied zwischen Arbeitern und Unternehmern gemacht werden, wie es hier geschieht.

Da nun die Feldarbeiterzentrale für jeden ausländischen Arbeiter 5 Mark bekommt, so liegt für sie geradezu ein Anreiz vor, durch gewissenlose Agenten ausländische Arbeiter heranlocken zu lassen. Diese Gebühr bildet eine Prämie auf den Kontraktbruch. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Absicht des ministeriellen Erlasses ist natürlich, eine Art Streikbrecher aus dem ausländischen Arbeiter zu machen, der sich alles gefallen lassen muß, weil er sonst Gefahr läuft, ausgewiesen zu werden.

Ich bitte dringend, ohne Unterschied der Partei für unsere Resolution zu stimmen, wenn Sie nicht das Wort bestätigen wollen, daß es nur zwei Nationen gibt, die der Ausbeuter und die der ausgebeuteten Arbeiter, und wenn Sie nicht erweisen wollen, daß die Staatsverträge nur im Interesse der Ausbeuter geschlossen werden. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Ministerialdirektor Dr. v. Frantzius bestreitet den Widerspruch zwischen den Verordnungen und dem Reichsgesetze. Beim auswärtigen Amt seien keine Beschwerden auswärtiger Staaten eingegangen.

Abg. v. Oertzen (Reichsp.) schließt sich den Ausführungen des Ministerialdirektors an. Wir Gutsbesitzer möchten gerne deutsche Arbeiter beschäftigen, leider finden wir keine.

In der Bezeichnung der Arbeitgeber als Ausbeuter liegt eine Verhetzung. (Vizepräsident Kämpf ruft den Redner zur Ordnung.)

Hiermit schließt die Diskussion.

Persönlich bemerkt Abg. Frank-Mannheim (Soz.): Herr Abgeordneter Lehmann-Jena hat den angeläßischen Satz right or wrong my country in so sächselnder Aussprache hervorgebracht, daß er allerdings schwer zu verstehen war. (Stürm. Heiterk.) Ich gestehe zu, daß ich mich nicht zu dem Grundsatz bekenne, daß in internationalen Beziehungen das Recht zu schweigen hat. Noch weniger kann ich begreifen, wie man mit den Kanonen nationaler Entrüstung nach den Spatzen professoraler Zänkereien schießen kann. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.

Die Resolution gegen die Schmutzliteratur wird nach Zurückziehung der Zentrumsfassung in der freisinnigen Fassung einstimmig angenommen.

Die Resolution Albrecht (Soz.) wird unter Streichung der Worte „Unter Verletzung der vom Reiche geschlossenen Staatsverträge", für deren Aufrechterhaltung nur die Sozialdemokraten stimmen, mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen (Aha! rechts), des Zentrums und der Polen angenommen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf 8 Uhr.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

Sitzung vom 31. März 1909.

Eingegangen ist eine von 128 Anwohnern der Frohburger und der Waisenhausstraße unterzeichnete Eingabe. Die Petenten benutzten, um einen Umweg zu vermeiden, wenn sie in die Stadt gelangen wollen, den Weg durch die Kolonie des Gartenvereins Erholung, wofür sie bisher jährlich 50 Pfg. zahlten. Jetzt ist ihnen vom Gartenverein angekündigt worden, daß sie in Zukunft eine Mark zahlen sollen. In der Eingabe wird nun das Kollegium ersucht, seinen Einfluß geltend zu machen und die Verteuerung abzuwenden. — Eine längere Geschäftsordnungsdebatte drehte sich um die Zuständigkeit der Ausschüsse für die Vorlagen zum Krankenhausneubau. Es wurde schließlich beschlossen, neben den Bauausschüssen auch den Finanzausschuß zur Vorberatung hinzuzuziehen. — Der Vorsteher kündigte an, daß in der nächsten Sitzung die Wahl von zwei besoldeten Stadträten vorzunehmen sei.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurden zunächst einige Abrechnungen über Straßenherstellungen richtig gesprochen und 729,21 Mk. Mehrkosten für die Abschachtung und Aufschüttung der Straße G in L.-Connewitz nachbewilligt.

Debattenlos genehmigt wurden: die Pflasterung der Roscherstraße zwischen der Gohlisser Straße und der Asterstraße mit Schlackensteinen 2. Klasse und die Belegung des östlich der Michaeliskirche befindlichen Fußwegs mit Mosaikpflaster unter Bewilligung der Kosten 27 050 Mk., zu denen die Große Leipziger Straßenbahn 4700 Mk. beizutragen hat, die Anpflanzung von Bäumen am Schleußiger Wege zwischen der Mahlmann- und der Kronprinzstraße sowie einer Hecke unter Nachbewilligung der Kosten von zusammen 7012 Mk., die Einlegung zweier Umfahrungsweichen am Eutritzscher Markt durch die Leipziger Elektrische Straßenbahn, die Nachbewilligung eines Berechnungsgeldes von 1500 Mk. zur Deckung der Kosten des Jubiläums der Petrischule, die Ausführung von Arbeiten im Grassimuseum unter Bewilligung der Kosten von 21 928,21 Mk. und der Verkauf des Bauplatzes Nr. 1 an der Gohlisser Straße zum Preise von 78 Mk. für einen Quadratmeter.

In einer Ratsvorlage werden 32 090 Mk. für die Erweiterung des Friedhofs in Leipzig-Sellerhausen gefordert. Das Kollegium stimmte der Vorlage zu und gab dem Rat zur Erwägung, ob es nicht angängig sei, Doppelgräber und die gleiche Konzessionsdauer, wie sie auf anderen Friedhöfen bestehen, auch auf diesem Friedhofe einzurichten.

Eine Eingabe wegen der Errichtung eines Pissoirs an der Eisenbahn- und der Torgauer Straße wurde dem Rat zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Leipziger Westendbaugesellschaft beabsichtigt, auf dem Areale des Bebauungsplans Leipzig-Lindenau—Nordwest eine Anzahl Straßen herzustellen und hat um die Genehmigung zur Verwendung von Kleinpflaster in den betreffenden Straßen, die sämtlich weniger als 15 m Breite erhalten, nachgesucht. Der Rat hat um so weniger Bedenken, diesem Wunsche entgegenzukommen, da sich ein im Jahre 1907 gemachter Versuch mit dem Kleinpflaster bewährt hat und hat beschlossen, künftig Kleinpflaster unter gewissen Bedingungen in Wohnstraßen unter 15 m Breite zuzulassen. Die Stadtverordneten stimmten der Vorlage gemäß dem Antrage der Ausschüsse mit der Maßgabe zu, daß die in der Vorlage wahrscheinlich irrtümlich an-

---

ihn zu mästen, Frau Tattenbach. Ertränken sie ihn in Milch. Es steht da übrigens eine ausgezeichnete Bank auf der Südseite des Hauses; wie wäre es mit einem kleinen Ausflug dahin, Herr Patient?"

„Ja, ich weiß nicht . . ."

Der Arzt nahm einen Arm, Frau Trude den andern. Sie waren noch nicht bis zur Stubentür gekommen, als Jeremias laut auflachte, glücklich wie einer, der seinen Sargdeckel gesprengt hat und nun in der vollen Sonne steht, verwundert über die Gelenkigkeit seiner Glieder. „Laßt mich doch los! Trude! Doktor! Ich kann ja allein . . ." Er ging zur Tür, zum Hause hinaus, setzte sich auf die Bank, erhob sich von neuem, wanderte durch den Garten, kam zurück und lachte: „Ich war ein rechter Pessimist, Doktor. Aber jetzt . . ."

„Jetzt hängt Ihnen der Himmel voller Geigen, nicht? Sehr gut. Aber schonen Sie sich noch ein wenig. Und lassen Sie sich durch kleine Rückfälle nicht verblüffen."

Alle drei saßen nun auf der Bank.

Doktor Trall fragte: „Was machen unsere Wanderer? Ihr Bursch' und der lange Athlet? Gehen die Geschäfte?"

„Sie schicken alle Monate, nicht Trude?"

„Ja. Entweder muß es ihnen sehr gut gehen oder sie schränken sich über die Maßen ein. Nach dem zu urteilen, was uns die Post bringt."

„Hungern sollte der Junge aber nicht," meinte Trall bedenklich.

„Das habe ich ihnen geschrieben. Friedrich antwortete: Haben Sie man keine Angst. Wir leben wie die Schlaraffen. Das Wiesel wird stark und groß, und ich bin auch noch nicht kleiner geworden. Und Jeremi hatte hinzugefügt: Wir sind sehr lustig, Mutter. Ich esse wie'n Wolf und schlafe wie'n Bär. Also —"

„Ja. Da dürfen Sie ruhig sein." Der Arzt erhob sich. Sein Blick streifte noch einigemal unauffällig den Kranken. Dann reichte er beiden die Hand und ging.

Von da an hatte Jeremias seinen ständigen Platz auf jener Bank, die er oft vom Morgen bis zum Abend nur verließ, um ein wenig in dem kleinen Garten zu wandern oder mit Trude die Mahlzeiten in der Laube einzunehmen. Er begann wieder zu lesen und sich für die Dinge in der Außenwelt zu interessieren. Neue Kräfte schienen ihn zu erfüllen. Kleine Gartenarbeiten beschäftigten ihn. Er war voller Hoffnung und Zuversicht. Er und Frau Trude. Der alte Friede webte wieder um sie her, die alte Freude. Nur manchmal, wenn sie auf der Bank am Hause saßen, mußte Frau Trude hinaussehen auf die Wiesen und Felder, auf den Fluß, der da unten sein silbernes Band zog, auf die blauen Wälder am Horizont, auf die staubige, graue Landstraße, deren Krümmungen sie an den Bäumen verfolgen konnte, — und eine Sehnsucht wollte in ihr aufwachen nach der Glücksbude, die nicht still stand, wie sie selber es mußte, die von keiner Hecke eingeschlossen war wie das Haus hier. Nicht mehr als zwanzig Schritte konnte sie in einer Richtung gehen, dann schlossen die Dornen vor ihr den Weg.

Wie häufig aber sagte Jeremias: „Ists nicht viel besser hier als in dem Wagen: Wie gemütlich, wie anheimelnd und ruhig! Man sitzt immer unter denselben Bäumen und freut sich, wie die Blätter werden, die Blüten und Früchte. Alles sehen wir wachsen, Liebste! . . . Nein, ich möchte nie zurück in die Unruhe, in den Lärm, in dem ich doch nicht heimisch bin."

Frau Trude schwieg. Es genügte ihr, ihn glücklich zu wissen. Und es waren ja auch nur einzelne Stunden, in denen sie sich arm dünkte, weil sie in dieser Enge eingeschlossen.

„Die Tattenbachs sind ein seßhaftes Geschlecht, Trude. Wo sie sich niederlassen, stehen sie so bald nicht auf. Wie froh bin ich, daß ich wieder festen Boden unter den Füßen fühle! Ob wir hier Wurzeln schlagen werden? . . . . Wohl kaum. Ich, ja, ich kann ja nicht in die Heimat zurück. Aber der Junge? Weißt du, was ich denke, Liebste? Wenn er dorthin zurückkehren und meinen Namen wieder zu Ehren bringen könnte!"

„Jeremi?"

„Ja. Was bist du so erstaunt? Es ist doch nur natürlich. Oder willst du ihn untergehen lassen in diesem Zigeunerleben? Wir konnten es ja bisher nicht ändern. Aber nun ist Friedrichs Arm geheilt und er braucht keine Hilfe mehr."

„Was willst du tun, 'mias?"

„Mir ist da ein Gedanke gekommen. Vor allen Dingen muß der Junge doch einige Jahre die Schule besuchen . . . . Wenn wir ihn zu Dora geben würden . . .?"

„Nein!" Frau Trude sagte es so heftig, daß sie selber erschrak. „Hat sie — hat Dora an dich geschrieben?"

Er schüttelte den Kopf. „Noch nicht. Ich fragte erst vor einigen Tagen bei ihr an."

Frau Trude stand auf: „Du hast ihr diesen Vorschlag gemacht?"

„Warum nicht? Sie würde Jeremi gut halten, das ist außer Frage. Und ihn zu etwas Rechtem erziehen."

„Etwas Rechtem!"

„Du bist erregt, Trude."

Ja, die kleine Falte auf der Stirn war wieder da. Die brennenden Augen blickten über die Hecke hinweg — dorthin, wo die Bäume der Straße am Horizont verschwanden.

„Mit meiner Einwilligung wird Jeremi nicht zu Dora gehen, 'mias. Oder er müßte es selbst wollen."

„Es ist dein alter Haß, Trude."

„Ich hasse Dora nicht. Aber meinen Jungen geb ich ihr nicht."

Sein Gesicht rötete sich; er fuhr auf: „Du gibst ihn lieber der Landstraße!"

Sie blickte ihm ruhig ins Auge und nickte: „Lieber der Landstraße, 'mias, als der Stadt, die dich ruiniert und beschimpft hat." Sie trat ins Haus.

Er sah ihr betroffen nach.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19090401/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG